Potsdams andere Seiten

Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Oktober 2020 Nr. 10 · 16. Jahrgang

ÖPNV-Tarifkonflikt: Warnstreik



Am Wochenende, 19. – 20.September, hat sich die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände gegen die Verhandlung eines bundesweiten Rahmentarifvertrags für die Beschäftigten des ÖPNV ausgesprochen - ein Affront nicht nur gegenüber den Beschäftigten, sondern auch gegenüber den Fahrgästen, die täglich auf Bus und Bahn angewiesen sind. Im Tarifkonflikt um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im ÖPNV rief ver.di deshalb für den Dienstag, 29.September, zum bundesweiten Streik auf. Auch Beschäftigte Berliner und Brandenburgischer Nahverkehrsunternehmen sollten sich daran beteiligen. Der Streik begann mit Betriebsbeginn gegen 3.00 Uhr und dauerte bis zum Folgetag, 30. 9., 3.00 Uhr.

„Uns ist klar, dass der Streik für die Fahrgäste viele Unannehmlichkeiten mit sich bringen wird, aber auf die unverständliche Blockadehaltung der Arbeitgeber können wir nur mit einem Streik reagieren“, sagte Jeremy Arndt, Fachbereichsleiter Verkehr im ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg.

In Brandenburg geht es in den Tarifverhandlungen um die Arbeitsbedingungen von 3.500 Beschäftigten. Ver.di fordert hier die möglichst schnelle Angleichung der Entgelttabelle auf BVG Niveau. Bei den Berliner Verhandlungen für die BVG/Berlin Transport geht es dabei ebenfalls um die Arbeitsbedingungen von rund 14.500 Beschäftigten. ver.di fordert hier die Angleichung der Arbeitszeit von 39 Std. auf 36,5 Std bei vollem Lohnausgleich.

„Ein guter Nahverkehr ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Verkehrswende. Dazu wird auch entsprechendes Personal gebraucht, welches nur mit guten Arbeitsbedingungen in ausreichender Zahl zu finden ist. Der Warnstreik war ein gemeinsames und entschlossenes Signal, dass wir es ernst meinen“, so Arndt abschließend. Als Potsdamer LINKE solidarisierten wir uns mit den Beschäftigten und mobilisierten für den 29.09. ab 09:30 Uhr zu einer Kundgebung am Betriebshof der ViP. Zum Warnstreik der Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr erklärte der Fraktionsvorsitzende und arbeitsmarktpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg, Sebastian Walter: „In unserer gemeinsamen Region kann man es den Beschäftigten der Brandenburger Verkehrsunternehmen nicht mehr erklären, warum sie deutlich weniger Lohn erhalten als ihre Kolleginnen und Kollegen in Berlin. Das ist weder im Sinne einer dauerhaften Fachkräftesicherung in ganz Brandenburg, noch unserem länderübergreifenden Nahverkehrssystem angemessen.“

Um die Verkehrsunternehmen dabei zu unterstützen, die Forderungen der Straßenbahn- sowie Busfahrerinnen und -fahrer zu erfüllen, wird die Linksfraktion in den Haushaltsberatungen im Landtag 10 Millionen Euro zusätzliche, zweckgebundene Förderung des ÖPNVs beantragen.

(Mehr auf Seite 3)

Solidarität mit den Streikenden!

Zu den Streiks der Mitarbeiter_innen der Stadtverwaltung Potsdam und STEP am 1. Oktober erklärten Norbert Müller, MdB DIE LINKE, Isabelle Vandre, MdL DIE LINKE und Roland Gehrmann, Kreisvorsitzender DIE LINKE. Potsdam: „Die Arbeitgeber von Bund und Kommunen wollen die Krisenkosten auf die Kolleg_innen im Öffentlichen Dienst abwälzen - auf jene, die in Verwaltungen, Bussen, Straßenbahnen, KiTas, Müllfahrzeugen und in Krankenhäuser unter schwersten Bedingungen zu unser aller Wohl arbeiten. Deswegen hat der Warnstreik unsere volle Unterstützung! Der Verband der Kommunalen Arbeitgeber muss endlich ein Angebot unterbreiten und ernsthafte Verhandlungen führen. Maik Schubert, als Oberbürgermeister der größten Kommune Brandenburgs, muss hier klare Kante zeigen,“ so Isabelle Vandre. Norbert Müller weiter: „Gerade in einer Stadt mit einer rot-rot- grünen Rathauskooperation erwarte ich deutliche Rückendeckung für die Streikenden. Potsdam kann und muss sich dafür einsetzen, dass der Verband der Kommunalen Arbeitgeber sich auf ver.di zubewegt. Denn ausgerechnet die Corona - Pandemie soll jetzt als Argument für eine faktische Lohnkürzung dienen. Gäbe es die nicht, dann würden die Arbeitgeber_innen etwas anderes finden, warum die Löhne im Öffentlichen Dienst nicht erhöht werden. Richtiger wäre es, durch eine gerechte Steuerpolitik die öffentlichen Kassen aufzufüllen.”

Zum Streik der Mitarbeiter_innen der Potsdamer Stadtentsorgung STEP erklärt Roland Gehrmann: „Den Müllwerker_innen geht es um eine faire Eingruppierung, das Ende der Überwachung ihrer Fahrzeuge und eine neue Kultur der Wertschätzung und Anerkennung. Die STEP befindet sich zu 49 Prozent im Besitz der Remondis SE & Co. KG, welche zum milliardenschweren Familienkonzern Rethmann gehört. Anstatt Überschüsse der STEP an die Rethmann-Brüder auszuzahlen, sollten wir die Müllwerker_innen anständig bezahlen! Die Abfallentsorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge gehört vollständig in öffentliche Hand. Das sind wir den hart arbeitenden Mitarbeiter_innen der STEP schuldig.”

In dieser Ausgabe

2 LINKS in Europa
Rüstungsexporte/ Booking-Plattformen/ Belarus

3 LINKS intensiv
Norbert Müller kommentiert: Wer zahlt die Krise?/ Kundgebung vor Bisky-Haus/ Zum „Fortschrittsbericht Aufbau-Ost“

4 LINKS im Kalender
Herzliche Glückwünsche für Charlotte Lux zum 107!/ Kalenderblätter Oktober

5 LINKS im Rathaus
30 Jahre SVV Potsdam/ Wege zur Speicherstadt/ Meldungen

6 LINKS DIREKT
Energiekonzept Krampnitz/ Treuhand-Ausstellung/ TRAM nach Krampnitz/ Verwaltung neu besetzt/ Norbert Müller (MdB) und Isabelle Vandre (MdL) melden sich zu Wort

7

8 DIE LETZTE SEITE
Unser Buchtipp/ Neue E-Autos für die Stadtverwaltung/ Erlebnisreiche Seniorenfahrt nach Eisenhüttenstadt/ Berg Karabach

Informationen der Redaktion

Die Novemberausgabe von „Potsdams anderen Seiten“ erscheint am 11. November 2020. Redaktionsschluss ist dann bereits am 2. November.

Die Redaktion

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Martina Trauth, Roland Gehrmann** Vorsitzende. Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **Layout, Sophie Sumburane,** Redaktionssekretariat; Tel.: 0176 – 32 79 36 59 (d.); email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG.

Parlamentsbericht zu Rüstungsexporten: Strenge Richtlinien statt Nebelkerzen!



Zum Mitte September vom Europäischen Parlament verabschiedeten „Bericht über Waffenexporte und die Umsetzung des Gemeinsamen Standpunkts“ erklärt Özlem Alev Demirel, stellvertretende Vorsitzende im Ausschuss für Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments (SEDE):

„Die Bilder sind nach wie vor präsent: Im Jemen hungernde Kinder und eine Seeblockade für humanitäre Hilfe. In Syrien ein völkerrechtswidriger Einmarsch der Türkei unter anderem mit deutschen Leopardpanzern. Im Nord-Irak sind deutsche Sturmgewehre auf dem Markt frei verkäuflich und in den Händen des IS. Diese und noch viel mehr Beispiele haben alle eines gemeinsam: Überall spielen scheinbar legal in Krisengebiete gelieferte Waffen made in EU eine zentrale Rolle!

Die Kassen der Rüstungskonzerne klingeln: Die EU ist erneut Vizeweltmeisterin beim Export von Waffen und Kriegsgerät, so die letzten Zahlen des Friedensforschungsinstituts SIPRI. Die EU-Staaten sind für 26 Prozent der weltweiten Exporte (im Zeitraum von 2015 bis 2019) verantwortlich, nach den USA (36 Prozent) und noch vor Russland (21 Prozent). Die Friedensnobelpreisträgerin EU lässt nicht nur die unmenschlichen Zustände in Moria zu, nein, ihre Waffenexporte sind sogar eine der zentralen Fluchtursachen! Das ist kein Versehen, dass ist die aktuelle Politik der EU. Das unsägliche Leid, das diese Exporte verursachen, wird dabei billigend in Kauf genommen!

Im soeben verabschiedeten Rüstungsexportbericht des Europäischen Parlamentes geht es vor allem darum, auf EU-Ebene eine Kontrollinstanz für Exporte aus EU-Rüstungsprogrammen zu installieren, was ich auch unterstütze. Was ich aber kritisiere ist, dass in ihm die anvisierten Rüstungskooperationsprojekte in der Hoffnung begrüßt werden, die für die Exportkontrolle zuständigen Staaten würden einem effektiven Überwachungssystem zustimmen. Das halte ich für naiv und gefährlich – doch genau das wird in diesem Bericht getan! Die Realität zeigt, das Gegenteil ist der Fall: Über europäische Rüstungsprojekte werden nationale Exportrichtlinien wie mit dem deutsch-französischen Aachener-Vertrag faktisch weitgehend ausgehebelt!

Özlem Demirel

EuGH stärkt Städte vs. booking-Plattformen

Zum EuGH-Urteil vom 22. September gegenüber booking-Plattformen erklärt Dr. Martin Schirdewan, Ko-Vorsitzender der Linksfraktion des Europaparlaments (GUE/NGL) und deren zuständiger Unterhändler für das Digitale-Dienste-Gesetz (Digital Service Act, DSA) im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO): „Wohnungsmärkte und Mieter*innen müssen besser vor intransparenten Geschäftspraktiken von Airbnb und anderen booking-Plattformen geschützt werden.

Der Europäische Gerichtshof stellt in seinem Urteil klar, dass regelmäßige Kurzzeitvermietungen an Genehmigungen geknüpft werden können, wenn Städte gegen Wohnungsmangel vorgehen wollen. Was eine Selbstverständlichkeit ist, musste erst vom EuGH geklärt werden.

Frau Vestager muss jetzt liefern. Die Kommission hatte Städten versprochen, dass Plattformen besser mit lokalen Behörden zusammenarbeiten müssen. Das heutige EuGH-Urteil muss sich also in dem für Dezember angekündigten Legislativpaket über digitale Dienste widerspiegeln. Plattformen wie Airbnb und booking.com müssen jetzt besser mit lokalen Behörden kooperieren. Ohne Daten können öffentliche Behörden nicht regulieren, deshalb müssen digitale Plattformen verbindlich in die Pflicht genommen werden.“

Martin Schirdewan



Belarus: Neuwahlen mittels Dialog

Helmut Scholz, Mitglied der Delegation des Europaparlaments für die Beziehungen zu Belarus, kommentierte die Debatte im Europäischen Parlament zur Situation in dem osteuropäischen Land: "Statt auf Repression, Einschüchterung, Entführungen und Folter zu setzen um an der Macht zu bleiben, muss Lukaschenko endlich auf die Bevölkerung in Belarus zugehen. Ein transparenter Dialog mit der Opposition ist die einzige Möglichkeit für die so dringend notwendige politische Lösung, auch durch Vermittlungsbemühungen der OSZE. Alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte in Belarus sind in die Vorbereitung freier und fairer Neuwahlen einzubeziehen, um damit eine zukunftsoffene Perspektive eines souveränen Belarus zu ermöglichen. Dafür ist jedoch strikte internationale Zurückhaltung und das Unterlassen jeglicher ausländischen Einmischung in die innergesellschaftliche Neubestimmung des Landes notwendig.“



Helmut Scholz

Wer zahlt die Kosten der Krise?

Kommentar zu den aktuellen Tarifauseinandersetzungen von NORBERT MÜLLER



Bei den momentanen Tarifauseinandersetzungen geht es um mehr als ein bisschen mehr Lohn für die Angestellten. Es geht um die Frage, wer für die Kosten der Krise zahlt.
Als im April und Mai diesen Jahres bundesweit Bundestagsabgeordnete, Ministerpräsidentinnen und Oberbürgermeister dazu aufriefen für die Beschäftigten in den gerade neuentdeckten systemrelevanten Berufen zu klatschen, mochte man seinen Augen und Ohren kaum trauen. Würde nun endlich Pflegern, Busfahrerinnen und Müllmännern und -frauen jene Anerkennung zu teil, die ihnen jahrelang verwehrt wurde?
Die Antwort besteht mit Blick auf die aktuellen Tarifauseinandersetzungen wohl in einem deutlichen Nein. Statt den Gewerkschaften einen Corona-Zuschlag anzubieten, fordern die kommunalen Arbeitgeber*innen von den Angestellten der Gesundheitsdienste, den Kita-Erzieher*innen und weiteren Angestellten des Öffentlichen Dienstes eine Nullrunde – und zwar nicht nur für dieses Jahr. Die Beschäftigten sollen ganze vier Jahre auf Lohnerhöhungen verzichten. Flankiert wird diese Dreistigkeit von Stimmen, die ausgerechnet denen, die während der Corona-Krise den Laden am Laufen hielten, mangelnde Zurückhaltung vorwerfen. Zynisch könnte man annehmen, die Stilisierung der Angestellten zu den Märtyrer*innen der Corona-Krise setzt sich nun konsequent fort. Denn wer sich aufopfert, darf es nicht wagen, aufzumucken. Von der gerade noch gepriesenen Systemrelevanz vieler Berufe ist nur noch übrig, dass die Arbeitgeber*innen darauf beharren, dass die Unterbezahlung in diesen Bereichen für sie systemrelevant ist.
Die finanzielle Anerkennung für Beschäftigte, die uns in der Corona-Krise sprichwörtlich den Arsch gerettet haben, ist sicherlich ein zentraler Punkt in den Tarifauseinandersetzungen. Wie wichtig unsere Unterstützung als LINKE für die Beschäftigten ist, konnte ich bei Streikversammlungen bei der ViP, der Potsdamer Stadtentsorgung und vor dem Potsdamer Rathaus erfahren. Die Streikenden haben sich wirklich gefreut, dass wir in persönlichen Gesprächen, über kleine Gesten wie das Mitbringen von Kaffee oder in kurzen Redebeiträgen unsere Solidarität deutlich gemacht haben.
Es geht bei den derzeitigen Auseinandersetzungen aber um noch mehr als höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen: Es geht ganz grundsätzlich um die Frage, wer am Ende die Krisenkosten tragen muss. Die Antwort der Arbeitgeber*innen und der Bundesregierung ist klar. Die Beschäftigten in allen Bereichen sollen durch Lohnverzicht und Mehrarbeit für die Krise bezahlen, während die Reichen und großen Unternehmen sich vor zusätzlichen Steuern keine Sorgen machen brauchen. Dem müssen wir ein gesellschaftliches Bündnis entgegensetzen, das sich für eine gänzlich andere Verteilung der Krisenkosten einsetzt. Wie dies gelingen kann, ist zurzeit bei dem Konflikt um einen Tarifvertrag im Nahverkehr zu beobachten. Hier haben sich Fridays for Future, Umweltverbände, attac und weitere an die Seite der Busfaher*innen gestellt und fordern sowohl eine bessere Bezahlung, als auch eine echte Verkehrswende.



Endlich mehr Gehalt!



*Am 30.9. fand um 15.00 Uhr eine Kundgebung vor dem Lothar-Bisky-Haus mit dem Titel „Mehr Gehalt für die Pflege. Und Krankenhäuser in die öffentliche Hand!“ statt. Zu dem Termin fand der Auftakt der Gesundheitsminister*innenkonferenz statt und DIE LINKE Brandenburg beteiligte sich an den bundesweiten Protesten. Wir als LINKE haben schon frühzeitig, nämlich zu Beginn der Corona-Pandemie, 500 Euro mehr Grundgehalt für die Pflege gefordert. Sowohl die Landes- als auch die Bundesregierung haben einen Zuschlag für Pflegekräfte gefordert - bis heute ist es bei dem luftleeren Versprechen geblieben. Wir machen deshalb weiter Druck! Für gute Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen, für Tarifbindung, für die Abschaffung der Fallpauschalen und für die Rückerlangung des Öffentlichen! Was wir brauchen ist ein öffentliches, gut finanziertes Gesundheitssystem - in der Stadt und im ländlichen Raum!*

Auf der Kundgebung wurde ein großes Transparent am Lothar-Bisky-Haus enthüllt.
-fb

Auch im 31. Jahr nach der Wende weiter gegen Niedriglöhne ,Tarifflucht, Minirenten und Armut

Anlässlich der Vorstellung des aktuellen und letzten „Fortschrittsberichts Aufbau Ost“ erklärt Sebastian Walter, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag: „JA; die Solidarpaktmittel haben entscheidende Investitionen im Land Brandenburg ermöglicht. Es ist vieles erreicht worden.
Und NEIN; sanierte Städte und Straßen bedeuten noch lange keine gleichwertigen Lebensverhältnisse.
Selbst der Ost-Beauftragte der Bundesregierung weist darauf hin: Die Ostdeutschen Bundesländer liegen in wichtigen Bereichen nach wie vor abgeschlagen hinter dem Westen. Konkret heißt das: Brandenburgerinnen und Brandenburger arbeiten immer noch länger als der Bundesdurchschnitt und verdienen dabei weniger, sind stärker von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht. Die ökonomischen Benachteiligung ist mit einer sozialen verbunden. Ca. nur drei Prozent der Ostdeutschen lenken die Geschicke Deutschlands in Spitzenfunktionen in Wirtschaft und Wissenschaft, bei Medien und in der Politik, bei einem Anteil von 17 Prozent an der gesamten Bevölkerung.
Niedriglöhne und Tarifflucht, Minirenten und Armut sind Spaltpilze für jede Gesellschaft. Heute 30-jährige, nach der Wende im Osten Geborene bekommen immer noch weniger Rente als ihre Altersgenossen im Westen. Für Brandenburg fordern wir daher die Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Land an ein Mindestentgelt von 13 Euro zu knüpfen. Unser entsprechender Gesetzentwurf wurde vergangene Woche von der Kenia-Koalition rundum abgelehnt.
Deshalb wird die Fraktion DIE LINKE gegen die Benachteiligung des Ostens auch im 31. Jahr nach der Wiedervereinigung, auch im 32. und folgende im Landtag entsprechende Initiativen starten. So lange bis es eine tatsächlicher Gleichberechtigung zwischen Ost und West gibt.“

Kalenderblätter Oktober

1730

Lebendig verbrannt

Der Zimmergeselle Andreas Lepsch (51) wird am 17. Oktober „...Um grober Sünden willen...“ bei lebendigem Leib öffentlich verbrannt. Scharfrichter Johann Kaspar List entzündet den Scheiterhaufen mit hoher Wahrscheinlichkeit vor dem Berliner Tor.

1760

Besetzung von Potsdam

Potsdam wird von österreichischen Truppen am 10. Oktober besetzt. Es kommt zu Plünderungen und einigen „...gröblichen Exzessen...“; die Gewehrfabrik wird zerstört; von der Stadt werden 60.000 Taler Kontributionen gefordert (vgl. 06. 10. 1760) Am 12. Oktober dringen russische Truppen während ihres Vorstoßes nach Berlin auch bis Nowawes und Potsdam vor. In Nowawes rauben sie silberne Kirchengeräte in der Friedrichskirche.

1780

Seidenraupen in Nowawes

Schreiben des „Viertels-Commissarius der Böhmischen und Deutschen Collony“, Kieselbach, an den Kriegs- und Steurrat Richter, in dem er sein Haus und Grundstück zur Seidenraupen-Zucht anbietet. Das ist zugleich die Geburtsstunde des Seidenraupenanbaus in Nowawes.

1845

Der 10. Ehrenbürger

Generalleutnant Graf Henkel von Donnersmark erhält am 30. Oktober zum 70. Geburtstag das Potsdamer Ehrenbürgerrecht. Gewürdigt werden seine Verdienste während der Befreiungskriege. Er ist der 10. Ehrenbürger Potsdams. .

1905

Babelsberg 03 – die Anfänge

Von 25 jungen Männern wird im Restaurant Karlsgarten der „Fußball-Club Fortuna 05 Nowawes“ gegründet. Im Februar 1919 schließt er sich mit dem „SportClub Jugendkraft 1913“ unter dem Namen „SV Nowawes 03“ zusammen.

1950

„Charlottenhof“ erhält Namen

Die HO-Gaststätte „Charlottenhof“ erhält feierlich ihren Namen. An dem Wettbewerb um den Namen hatten sich 257 Potsdamer beteiligt; u.a. waren folgende Vorschläge unterbreitet worden: „Wonnewanne“, „Lecker-Schmecker-Stübchen“, „Stille Liebe“, „Freudenbrücke“.

1955

AWG-Haus steht, erste Mieter und NAW-Aufbaunadeln

Der Schlosser Wilhelm Bleeck aus dem VEB Lokomotivbau „Karl Marx“ Babelsberg ist seit dem 28. Oktober mit seiner Familie der erste Mieter in den neuen Häusern der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft (AWG) „Karl Marx“ im Patrizierweg 54. Weitere 28 Mieter erhalten eine neue Wohnung. Mit der goldenen Aufbaunadel (für 200 Stunden) werden am gleichen Tag ausgezeichnet: Kollege Sternberg, Kollege Kramer, Kollege Gundermann und Kollege Fuckner.

1980

Journalistenpreise im Bezirk Potsdam

Der Journalistenpreis des Rates des Bezirkes Potsdam wird am 6. Oktober vergeben. Ihn erhalten: I. Klasse Wolfgang Mallwitz (Bildreporter bei der „Märkischen Volksstimme“) und III. Klasse Redaktion „Lokalpolitik“ der „Brandenburgischen Neuesten Nachrichten“ (Erhard Hohenstein, Karin Hauf und Gabriele Kämpfe).

1990

SVV mit „Grundsatzbeschluss“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst am 24. Oktober einen „Grundsatzbeschluss zur behutsamen Wiederannäherung an den historischen Stadtgrundriss“. Zugleich wird eine Willenserklärung zum Wiederaufbau der Garnisonkirche abgegeben .

2000

Jahrestag Nowawes und neuer Standort für Plastiken

Feierstunde am 6. Oktober zum 250. Jahrestag der Gründung von Nowawes im Rathaus Babelsberg. Es sprechen: Oberbürgermeister Matthias Platzeck und der Präsident des Landtages Brandenburg, Dr. Herbert Knoblich. Als Gast anwesend der tschechische Botschafter Frantisek Cerny.
Die Theo-Balden-Plastik „Herz und Flamme der Revolution – Karl Liebknecht“ wird am 25. Oktober von ihrem ursprünglichen Standort an den künftigen Neptun-See im Lustgarten umgesetzt. Wenige Tage später folgt die von Kurt-Hermann Kühn gestaltete Wand „Und leben wird unser Programm!“

Unsere Charlotte wurde 107!!!

Am 13. September feierte unsere Genossin Charlotte Lux ihren 107. Geburtstag. Wie jedes Jahr waren viele Potsdamer Genossinnen und Genossen auch diesmal zur Gratulationscour bei ihr. Und wir erhielten ein aktuelles Foto für unsere Zeitung.
Ja, es immer wieder beeindruckend: Ganze 107 Jahre hat die immer noch rüstige Frau gemeistert. Ein Jahr vor dem 1. Weltkrieg – am 13. September 1913 - geboren wuchs sie als Pflegekind in einer Arbeiterfamilie in Berlin auf. Sie hatte trotz Armut in dieser Familie ein umsorgtes Kinderdasein und absolvierte die Schule mit sehr guten Noten. Ebenso eine private Handelsschule. Mit solchen Ergebnissen bekam sie Arbeit bei einer



amerikanischen Firma und später bei Telefunken.
Charlotte Lux erzählt: „In dieser Zeit (Anfang der 30-er Jahre, d. Red.) lernte ich meinen späteren Mann, einen gebürtigen Hamburger, kennen. Er war Thälmann-Anhänger, also Kommunist. Durch ihn wurde ich an die Politik herangeführt und erkannte, dass es unter den Kommunisten nicht nur Krawallmacher gab, wie man es damals der Partei nachsagte, sondern viele vernünftige Leute.“
1942 wurde geheiratet und Charlotte zog zu ihrem Mann nach Grunewald. Von ihrer Wohnung aus musste sie miterleben, wie auf dem Güterbahnhof die Juden in Richtung KZ „umgeladen“ wurden. Noch heute sieht sie die Bilder vor sich. Noch 1945 trat sie in die Kommunistischen Partei ein. Und Charlotte Lux blieb bis heute ihrer linken Gesinnung treu. Und oft war sie an der Gedenkstätte, die am Bahnhof Grunewald errichtet wurde. Dass die betagte Frau noch immer geistig auf der Höhe der Zeit ist, kam auch bei der Geburtstagsgratulationscour sehr stark zum Ausdruck. Und wir schließen uns den zahlreichen Wünschen an. Bleib so, wie du bist, liebe Charlotte!

30 Jahre frei gewählte Stadtverordnetenversammlung

Im Mai 1990 ist die erste Stadtverordnetenversammlung nach der Wende aber noch zu DDR-Zeiten gewählt worden. Von Anfang an und ununterbrochen dabei ist nur noch einer : Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, zugleich 24 Jahre Jahre Vorsitzender der Linksfraktion. Er hat bei der Kommunalwahl 2019 mit grossem Abstand die meisten Stimmen in der Landeshauptstadt erhalten. Wir sprachen mit Dr. Scharfenberg.



Sie haben sich kritisch zur Festveranstaltung anlässlich 30 Jahre Stadverordnetenversammlung geäußert. Warum?
Mit dieser Veranstaltung ist das eigentliche Thema verfehlt und eine Chance für eine angemessene Würdigung verspielt worden. So ging es nur um das Vorfeld der Wahl 1990 und um Schlussfolgerungen für die Zukunft, während die 30 Jahre Stadtverordnetenversammlung nur am Rande eine Rolle spielten. Dafür ist der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung verantwortlich, der die Vorbereitung dieser Veranstaltung zu einem gut gehüteten Geheimnis gemacht und die Fraktionen nicht einbezogen hat.

Was halten Sie für wichtig bei diesem Jubiläum?
In Potsdam ist seit Mai 1990 die kommunale Selbstverwaltung aufgebaut worden. Das war ein schwieriger Prozess, in dem die Spielräume und das damit verbundene Maß an Eigenverantwortung erst erkannt werden mussten. Dabei war von vornherein das Wechselspiel zwischen der Verwaltung, später dem Oberbürgermeister in Person und der Stadtverordnetenversammlung von großer Bedeutung. In Potsdam hat es zu jederzeit eine aktive und selbstbewusste Stadtverordnetenversammlung gegeben, wozu insbesondere eine starke Linksfraktion beigetragen hat.

Es gab immer wieder Kritik an langen Sitzungen, vielen Anfragen und endlosen Streitereien. Wie sehen Sie das?
Das ist lebendige Demokratie, denn es geht ja darum, vielfältige Meinungen in eine Beschlussfassung einfließen zu lassen. Das kostet Zeit und Nerven, hat sich aber unter dem Strich gelohnt, denn letztlich hat die Stadt im Ergebnis dieser Auseinandersetzungen eine gute Entwicklung genommen. Ich glaube auch, dass bei allem Streit zwischen den Fraktionen gegenseitiger Respekt gewachsen ist, wobei manche persönliche Profilierungsübung verzichtbar ist. Die Stadtverordnetenversammlung hat insgesamt ihre Verantwortung als gewählte Vertretung der 180.000 Potsdamerinnen und Potsdamer wahrgenommen, der Verwaltung grundsätzliche Vorgaben gemacht und den Oberbürgermeister kontrolliert und auch korrigiert.

Was waren aus ihrer Sicht grundsätzliche Entscheidungen und Weichenstellungen?
Es ging um die Sicherung und Entwicklung der kommunalen Daseinsvorsorge durch die Bildung gut funktionierender kommunaler Unternehmen. Heute haben wir starke Stadtwerke mit EWP, VIP und STEP, die zuverlässig ihre Aufgaben wahrnehmen. Wir haben mit der Pro Potsdam ein großes städtisches Wohnungsunternehmen und mit dem Klinikum ein städtisches Krankenhaus für die medizinische Vollversorgung.
Das war die Entscheidung für den Bau des Nikolaisaals und den Theaterneubau, der letztlich in der Schiffbauergasse angesiedelt wurde.
Das war die Rettung des „Treffpunkt Freizeit“ vor dem Abriss, ebenso wie später der Erhalt des Mercure oder des ehemaligen Terrassenrestaurants Minsk. Die von den LINKEN durchgesetzte Bürgerbefragung zum Standort des Landtagsneubaus beendete den jahrelangen Streit um die Gestaltung der Potsdamer Mitte.
Ich erinnere auch an die Entscheidung zur Abschaffung der Quadratwurzel als heftig umstrittene Berechnungsgrundlage für die Straßenreinigung, die die LINKEN in einer damals noch möglichen geheimen Abstimmung durchsetzten. All das und noch mehr hätte eben auch eine Rolle spielen sollen auf der oben genannten Festveranstaltung.

Gespräche mit Deutsche Wohnen

Mit einem Antrag aus der Linksfraktion, der eine große Mehrheit fand, wurde der Oberbürgermeister aufgefordert, Gespräche mit der Deutsche Wohnen aufzunehmen. Ziel soll es dabei sein, dass die von der Deutschen Wohnen geplanten 1800 Wohnungen im neuen Stadtteil Krampnitz auch einen deutlichen Anteil preiswerte Wohnungen, möglichst belegungsgebunden oder im mietpreisgedämpften Segment, beinhalten. Das große Wohnungsunternehmen hatte durch seinen Vorstandsvorsitzenden 2017 bei seinem Einstieg in Krampnitz eine durchschnittliche Miethöhe von 8,50 Euro in Aussicht gestellt. Davon ist jetzt keine Rede mehr. Mittlerweile ist die Deutsche Wohnen ein DAX-Unternehmen. Damit steigt die Gefahr, dass eine noch stärkere Profitorientierung den städtischen Zielen der Schaffung von bezahlbaren Wohnungen zuwiderläuft.

Keine einkaufsoffenen Sonntage im Potsdamer Süden

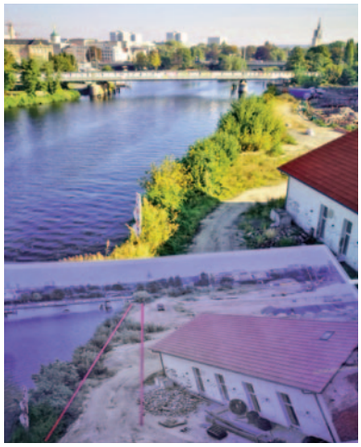
Zum dritten Mal nach 2018 wird es in diesem Jahr zwei stadtweite einkaufsoffene Sonntage in der Adventszeit geben, bei denen der Potsdamer Süden, insbesondere mit dem Sterncenter, ausgenommen ist. Ein Vorstoß der Linksfraktion, das Einzelhandelszentrum Am Stern in die städtische Regelung aufzunehmen, wurde von einer Mehrheit der Stadtverordneten abgelehnt.

Mehr Sicherheit für Radfahrer

Immer wieder werden die unbefestigten Fahrradwege von parkenden Autos blockiert. Das stellt eine große Gefahr für die Radfahrer dar. Bisher findet das Ordnungsamt kein geeignetes Mittel, um dagegen vorzugehen Der Bundesrat hat am 14.02.2020 beschlossen, dass auf Schutzstreifen für den Radverkehr ein generelles Halteverbot gilt. Daher will DIE LINKE den Oberbürgermeister beauftragen, die Freihaltung von Radwegen zu einer Schwerpunktaufgabe des Ordnungsamtes zu machen. Dazu soll der Außendienst des Ordnungsamtes an jeweils einem Tag pro Woche vor allem Verstöße gegen das Halteverbot auf Radwegen kontrollieren und ahnden. Die Kontrollen sollen dabei wechselnd und bis mindestens 20.00 Uhr in den verschiedenen Stadtteilen stattfinden.
Sascha Krämer
Geschäftsführer

Sicherung des barrierefreien Zugangs zur Speicherstadt

Im Frühjahr wurde seitens der Stadtverwaltung die von den Stadtverordneten beschlossene Einrichtung eines Uferweges während der Bauarbeiten abgelehnt mit dem Hinweis, dass jederzeit ein ungehinderter Zugang für Mobilitätseingeschränkte im Zuge der Leipziger Straße sichergestellt sei. Durch die aktuell vorliegende Dokumentation des Anliegers Herrn Blumenthal wurde deutlich, dass diese Zusage gegenwärtig nicht eingehalten wird. Das ist nicht hinnehmbar. Es ist durch geeignete bauliche und organisatorische Maßnahmen möglich und notwendig, diese Zuwegung zu schaffen und während des Fortgangs der Bauarbeiten auch aufrecht zu erhalten.



Darum werden wir den Oberbürgermeister beauftragen umgehend zu veranlassen , dass ein nutzbarer barrierefreier Zugang von der Langen Brücke und vom Hauptbahnhof zur Speicherstadt geschaffen wird. Dieser Zugang ist so einzurichten, dass er außerhalb der KFZ-Fahrbahn liegt und auch von Mobilitätseingeschränkten und Rollstuhlfahrern ohne fremde Hilfe nutzbar ist. Gleichzeitig soll geprüft werden, wie auf der ca. 5 m breiten freien Trasse zwischen Havelufer und Baustelle der Speicherstadt ein provisorischer Uferweg hergerichtet werden kann.

Ralf Jäkel

Tram nach Krampnitz - Online-Bürgerdialog beendet - Zweite Phase wird vorbereitet

Der Online-Bürgerdialog zur Tram 96 nach Krampnitz ist am 20. September mit insgesamt 89 Vorschlägen und Hinweisen zu Ende gegangen. „Es gab Hinweise, die sich mit dem grundsätzlichen Für und Wider einer Tramstrecke in den Norden befassten, und auch eine Reihe von Vorschlägen zu Alternativen.", erklärt ViP-Geschäftsführer Uwe Loeschmann.
„Wir wollen den Meinungsaustausch, auch im Wissen darum, dass wir nicht alle Wünsche erfüllen können. Es gab aber auch eine Reihe von Detailhinweisen, die für den Planungsstand einen wichtigen Input darstellen. Je konkreter ein Hinweis ist, desto konkreter kann auch dessen Prüfung ablaufen. Die kommenden Wochen werden wir deshalb intensiv nutzen, um Antworten vorzubereiten und den offenen Dialog mit unserem Part als zweitem Schritt fortzusetzen."
Inhaltliche Schwerpunkte von Kritik waren beispielsweise die Verkehrsproblematik im Norden insgesamt, Aufteilung von Straßenraum, Projektkosten und -laufzeit, Eingriffe in die Natur, Störungen im Rahmen des Bauverlaufs, Taktfrequenz, Prüfung von Alternativrouten, Brückenbauwerke. Vorschläge gab es zur Streckenführung, Attraktivität der Wartehäuschen/Haltestellen, alternativen Verkehrsmitteln (Elektro- und Oberleitungsbusse, Expressfähre, Seilbahn), Verlängerung/Anbindung der Strecke nach Spandau / Groß Glienicke, Ausbau Radwegenetz sowie zu Haltestellen-Namen. Die eingebrachten Fragen, Hinweise und Vorschläge werden derzeit geprüft, bewertet und sofern möglich, im Rahmen der Entwurfsplanung berücksichtigt. Die Ergebnisse werden in einer Dokumentation aufbereitet. Aus ihr geht hervor, welche Rückmeldungen in das weitere Verfahren einfließen und welche nicht berücksichtigt werden können und auch weshalb. Die Dokumentation wird ab Spätherbst, voraussichtlich in der zweiten Novemberhälfte, veröffentlicht.
Alle Einreichungen und weiteren Informationen sind nachlesbar auf [tram96.de].

EWP erhält Fördermittel für das Energiekonzept in Krampnitz



Wirtschaftsminister Jörg Steinbach hat am 7. September 2020 einen Fördermittelbescheid in Höhe von bis zu 5,43 Millionen Euro an die EWP-Geschäftsführung Sophia Eltrop und Eckard Veil übergeben (FOTO). Die Fördermittel stammen aus dem RENplus-Programm und werden für die Realisierung des Energiekonzeptes für das neue Stadtquartier Krampnitz im Potsdamer Norden bereitgestellt..
„Wir stehen bei der Energiewende im Wärmesektor vor enormen Herausforderungen. Während es im Stromsektor bereits beachtliche Erfolge zu verzeichnen gibt, sind die erneuerbaren Energien bisher nicht im gewünschten Maß in die anderen Verbrauchersektoren vorgedrungen. Um die Klimaziele im urbanen Raum erreichen zu können, kommt CO2-armen Wärmenetzen eine Schlüsselstellung zu. Sie bieten die Möglichkeit, große erneuerbare Energiequellen wie zum Beispiel Geothermie- und Solarthermieanlagen zu nutzen und wirtschaftlich einzubinden. Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich dieser Herausforderung gestellt und trägt mit innovativen Fernwärmeprojekten wie in Krampnitz zu einer Dekarbonisierung der Wärmeversorgung bei.", erklärte der Wirtschaftsminister.
In Krampnitz soll ein urbanes, CO2-neutrales und autoarmes Quartier entstehen. Das Energiekonzept der EWP setzt dabei konsequent auf erneuerbare Energien. Die neuen Bewohner sollen von Anfang an flächendeckend CO2-neutral und ab 2040/2050 auch fossilfrei mit Energie versorgt werden. Durch vor Ort erzeugte Energie sollen die Preise verbraucherfreundlich bleiben. Das Herzstück des Energiekonzeptes – das ehemalige Heizhaus und die zukünftige Energiezentrale ausgestattet mit Blockheizkraftwerken, Wärmepumpen, Spitzenlast- und Elektrodenkessel – wird im ersten Halbjahr 2021 saniert und dann sukzessive je nach wachsendem Wärmebedarf mit den Erzeugungsanlagen ausgestattet. Die Fördergelder werden in eine Solarthermieanlage (600 kW), Geothermieanlage (1.200 kW), Abwasserwärmepumpe (300 kW) und in ein Wärmenetz von ca. 5 km und einen Wärmespeicher mit 750 m^3 investiert.
„Für unsere Idee, ein modulares und zukunftsweisendes Energiekonzept für Krampnitz zu entwickeln und umzusetzen, jetzt Fördermittel zu erhalten, bestätigt unsere Arbeit und ist Ansporn zugleich. Die Fördermittel entlasten unsere Investitionen und stärken somit die Wirtschaftlichkeit aller beteiligten Partner zum Wohle zukünftiger Bewohner von Krampnitz.", freute sich die Geschäftsführerin der EWP, Sophia Eltrop.
Foto: EWP

„Schicksal Treuhand – Treuhand-Schicksale"



Die Treuhandpolitik brach 1990 wie ein Schicksalsschlag über die Ostdeutschen herein. Gingen sie im Herbst 1989 für Freiheit und Demokratie auf die Straßen, nahm ihr Leben nun eine ungewollte Wendung. 9.000 volkseigene Betriebe mit insgesamt 4,1 Millionen Arbeitsplätzen sollte die Treuhandanstalt innerhalb kürzester Zeit „marktauglich" machen. Die Betriebe wurden privatisiert oder liquidiert. Millionen Menschen wurden arbeitslos. Wie erging es den Menschen dabei? Wie gingen sie mit dieser »Schocktherapie« um? Wie verarbeiteten sie die biografischen Brüche?
Davon erzählte die Ausstellung „Schicksal Treuhand – Treuhand-Schicksale" der Rosa-Luxemburg-Stiftung, vom 28. September bis zum 16. Oktober auf zwei Ausstellungsorte verteilt: Auf die Wissenschaftsetage im Bildungsforum Potsdam und den Flur der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg. Sie gab einen Einblick in die Vielzahl der Lebenswege.
Dagmar Enkelmann, Vorstandsvorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung, sprach zur Eröffnung: «Bisher teilen vor allem Politiker, Wissenschaftler und Historiker ihre Erinnerungen an die politische Wende und die Arbeit der Treuhandanstalt. Die Folgen der Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt haben ganze Generationen von DDR-Bürgern getroffen. Sie haben unverschuldet ihren Arbeitsplatz verloren und mussten um ihre Existenzgrundlage kämpfen. Viele reden nicht gern über die Zeit, weil sie sich gedemütigt fühlten. Für jüngere und künftige Generationen ist es wichtig, dass Betroffene ihre Treuhandgeschichte(n) aus ostdeutscher Perspektive erzählen. Wir wollen den individuellen Blick zurück der Eltern- und Großelterngeneration verbinden mit einer Debatte über die politische Aufarbeitung der Folgen der Treuhandpolitik. Es ist Zeit, den Weg der deutschen Einheit neu zu reflektieren und den Weg nach vorn zu richten. Das Versprechen der gleichberechtigten sozialen und demokratischen Teilhabe ist 30 Jahre nach der Wende noch nicht erfüllt. Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Demokratie müssen in eine neue Balance gebracht werden.»
Foto: Mathias Eckert, Weimar

„Wer einen sozial-ökologischen Wandel will, muss im Wahlkreis 61 DIE LINKE wählen“

Am 05. September haben wir als LINKE im Potsdamer Karl-Liebknecht-Stadion Norbert Müller erneut zu unserem Direktkandidaten im Wahlkreis 61 für die Bundestagwahl 2021 gewählt. Zum Wahlkreis gehört neben Potsdam und Teilen von Potsdam-Mittelmark auch Ludwigsfelde. „Potsdams andere Seiten“ (PaS) befragte Norbert zu den Schwerpunkten des anstehenden Bundestagswahlkampfs.



PaS: Norbert, erst mal herzlichen Glückwunsch zur Wiederwahl. Was sind aus Deiner Sicht die drängenden Themen, auf die es im nächsten Jahr ankommt?

NM: Ja, danke erstmal für die Glückwünsche und die Unterstützung. Wenn wir über das kommende Jahr sprechen, müssen wir erstmal auf dieses Jahr zurückschauen. Nach dem Corona-Lockdown wurden bundesweit die Beschäftigten in der Pflege, den Krankenhäusern und den öffentlichen Verwaltungen für ihren Einsatz beklatscht. Jetzt, wo genau diese Gruppen einen höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen fordern, wollen die Arbeitgeber sie mit einem feuchten Händedruck nach Hause schicken. Das geht nicht! Es ist unanständig und eine Frechheit, dass die Kosten der Krise auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Und genau diese Frage 'Wer bezahlt eigentlich für die Krise?' wird sicherlich eine der prägenden Auseinandersetzungen im nächsten Jahr.

PaS: Und was ist Deine Antwort darauf?

NM: Für uns als LINKE ist klar: Die Reichen und Superreichen sollen über höhere Steuern und Sonderabgaben die Krisenkosten tragen. In diesem Land gibt es so viel Reichtum, der müsste nur gerecht umverteilt werden. In der Krise gibt es auch Gewinner - wie der Amazon-Chef Jeff Bezos, der sein Milliardenvermögen fast verdoppelt hat. Wenn diese Gewinne ordentlich besteuert würden, wäre es auch kein Problem der Busfahrerin und dem Krankenpfleger einen besseren Lohn zu bezahlen. Aber da trauen sich die Regierenden nicht ran. Das ist aber dringend notwendig. Wenn wir seit Jahren offensichtliche Probleme wie beispielsweise den Pflegenotstand oder die Klimakrise ernsthaft angehen wollen, braucht es mehr öffentliche Investitionen. Deswegen werden wir im Bundestagswahlkampf auch die öffentliche Daseinsvorsorge in den Mittelpunkt stellen.

PaS: Im Wahlkreis 61 werden auch Annalena Baerbock für die Grünen und vermutlich auch Olaf Scholz für die SPD antreten. Was unterscheidet dich von beiden?

NM: Ich bin der einzige, der für einen tatsächlichen Politikwechsel streitet. Sowohl Baerbock, als auch Scholz bewerben sich ja im Grunde um die Vizekanzlerschaft unter der Union. Mit der Union wird es aber keinen Politikwechsel geben, der Klimaschutz mit den Interessen der Beschäftigten vereint. Wer einen sozial-ökologischen Wandel will, muss im Wahlkreis 61 DIE LINKE wählen.

Solidarisch aus der Krise

Während das volle Ausmaß der Corona-Krise noch nicht abschätzbar ist, laufen die Verteilungskämpfe längst auf Hochtouren. Vom Gesundheits- über das Bildungssystem und die Arbeitsmarktpolitik, bis zum Umgang mit unseren Kommunen und zur Mobilität: überall hat die Krise gesellschaftliche Widersprüche und Defizite sichtbar gemacht und verstärkt. Als LINKE Landtagsfraktion wollen wir verhindern, dass die Krisenkosten zu Lasten der Bevölkerung gehen. Wir sind der Überzeugung, dass die Krise Anlass sein muss, um gesellschaftliche Fragen neu zu betrachten, die soziale Infrastruktur in unserem Land zu stärken und jetzt radikal zu handeln. Aus diesem Grund haben wir ein Papier erarbeitet, das auf 10 Wegen aufweist, wie wir solidarisch aus der Krise kommen können. Als Sprecherin für Kinder – und Jugendpolitik, Kultur-, Hochschul- und Wohnungspolitik liegen mir folgende Punkte besonders am Herzen

1.) Egal ob Kinos, Festivals oder Clubs: die Kunst- und Kreativwirtschaft ist essentiell. Ihre Existenz langfristig sichern heißt auch, die Fördermodalitäten der Kultur zu überarbeiten und zu öffnen: Bürokratie abbauen, sowie je nach Pandemie-Entwicklung, kreative Lösungen und Veranstaltungsformate ermöglichen. Neben der Überprüfung der Infektionsschutzmaßnahmen durch Veranstalter*innen, Gastronom*innen und Kulturschaffende sollten die Behörden darauf abzielen, dass auch die Bürger*innen ihrer Eigenverantwortung nachkommen.

In der Krise wurde deutlich: die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist systemrelevant! Dabei geht es nicht nur um die Wirksamkeit von Hilfesystemen für Kinder und Jugendliche, sondern auch um die Wahrung ihrer Interessen und die Absicherung ihrer Teilhabe. Hier müssen dringend Schlüsse aus den ersten Monaten der Corona-Pandemie gezogen werden: Die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen darf nicht erneut auf deren Beschulung und Schutz reduziert werden. Außerdem müssen Kita-Plätze für alle Kinder, ganztags und flexibel vorgehalten werden und sie müssen endlich vollständig gebührenfrei sein!

Mit coronabedingten finanziellen Notlagen spitzt sich auch die Mietenproblematik zu. Daher wollen wir mit Landesmitteln ein Krisenhilfsprogramm „Soziales Wohnen“ auflegen, das Mieter*innen vor Kündigung auf Grund krisenbedingter Mietschulden schützt und verhindert, dass soziale Wohnungsbauvorhaben abgesagt werden. Eine Bodensicherungsstrategie mit der öffentlicher Grund und Boden dauerhaft in öffentlichem Eigentum bleibt soll erarbeitet werden. Zudem braucht es eine Verbesserung im sozialen Wohnungsbau durch längere Mietpreis- und Belegungsbindungen sowie einen höheren Anteil an Zuschüssen und die Gründung einer Landeswohnungsbaugesellschaft soll geprüft werden.

Das vollständige Papier ist aufrufbar unter https://www.linksfraktion-brandenburg.de/politik/sozialstart/praeambel/

Isabelle Vandre, (MdL)

Erschließung an der Heinrich-Mann-Allee beginnt

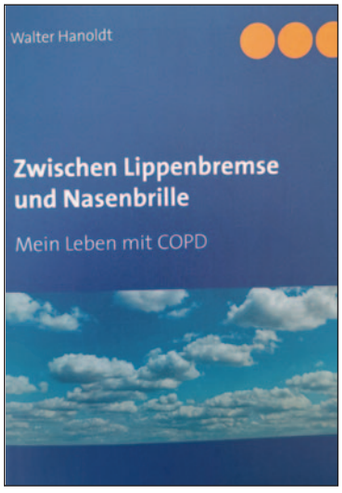
Im Oktober beginnt die ProPotsdam hinter dem Humboldt-Gymnasium mit der Erschließung des ersten Bauabschnittes. Damit einhergehend wird eine zentrale Baustellenzufahrt von der Heinrich-Mann-Allee eingerichtet und der Geh- und Radweg zwischen der Heinrich-Mann-Allee und der Straße „Kolonie Daheim“ bis zum Ende der Erschließungsarbeiten Ende 2022 umverlegt. "Der vorhandene Weg wird um 100 Meter in Richtung Norden verlegt. Durch die ProPotsdam wurde bereits ein beleuchteter Ersatzweg hergestellt, der ab dem 2. Oktober bis zur Fertigstellung der neuen Verkehrsanlagen eine Wegeverbindung für Fußgänger und Radfahrer gewährleistet. Entlang der Straße „Am Alten Friedhof“ wurde außerdem ein Gehweg im Seitenbereich eingerichtet. Die geänderte Wegeführung wird vor Ort ausgeschildert.", teilt die ProPotsdam mit. Die Zufahrt zur Sporthalle für das Humboldt-Gymnasium wird für die gesamte Dauer der Arbeiten aufrechterhalten, steht jedoch lediglich für Rettungsfahrzeuge und Baustellenverkehr zur Verfügung.

Verwaltung wird neu besetzt

Dr. phil. Uta Kletzing wird neue Fachbereichsleiterin Personal und Organisation in der Potsdamer Stadtverwaltung. Einer entsprechenden Beschlussvorlage haben die Stadtverordneten auf ihrer Sitzung am 16. September 2020 zugestimmt. „Ich freue mich, dass Frau Dr. Uta Kletzing sich für die Landeshauptstadt Potsdam entschieden hat und künftig maßgebliche Akzente im Themenfeld Personal und Organisation setzen wird. Im Aufgabenbereich Personal haben wir uns den Aufgaben Generationenwechsel, Fachkräfteengpässe und wachsenden Aufgaben in der Verwaltung zu stellen“, so Dieter Jetschmanegg, Dezernent der Zentralen Verwaltung. Uta Kletzing ist Diplom-Psychologin und promovierte Politikwissenschaftlerin. Sie bringt ein breites Wissen für öffentliche Organisationen mit und kann auf umfangreiche Erfahrungen aus verschiedenen beruflichen Stationen, darunter der Europäische Akademie für Frauen, Politik und Wirtschaft Berlin e.V. (EAF Berlin) und bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, bauen. LHP/RED

Zwischen Lippenbremse und Nasenbrille...

Walter Hanoldt, der Autor des Buches „Zwischen Lippenbremse und Nasenbrille“, war Raucher. Obwohl er schon seit etlichen Jahren wusste, dass ihn das Rauchen krank gemacht hat. Täglicher Husten war wohl das erste Anzeichen der Erkrankung. Zu Beginn trat er vor allem morgens auf, wurde dann aber im Laufe der Zeit immer häufiger, hartnäckiger und schlimmer. Und dann - ebenfalls zunehmend - die Atemnot... Kurzum: er war richtig ernsthaft erkrankt - COPD. Die Abkürzung COPD steht für chronic obstructive pulmonary disease, übersetzt heißt das ungefähr chronisch-verengende Lungenerkrankung.
Allerdings neigen viele Betroffene – insbesondere Raucher wie Walter Hanoldt – dazu, dieses Symptom zu verharmlosen. Das führt dazu, dass die Krankheit oft erst in fortgeschrittenem Stadium festgestellt wird. Dabei kann ein frühzeitiger Behandlungsbeginn den Verlauf deutlich mildern.
Walter Hanoldt qualmte jedoch weiter. Bis es nicht mehr ging – bis zum 2.



März 2018. Inzwischen engt COPD sein Leben immer mehr ein. Er fährt kein Auto mehr, neben seinem Bett steht ein Sauerstoffgerät. Das Haus kann er nur noch mit Hilfe verlassen. Zu allem Übel kam im Frühjahr 2020 Corona dazu: Als COPD-Kranker gehört er zur Gruppe der Risikopatienten. Kurzum: Es hatte ihn voll erwischt. Doch da kam sein Kämpferherz und die aufopferungsvolle Behandlung im Bergmann-Klinikum Potsdam auf’s Tapet: Es ist ihm im April 2020 nach vierwöchigem Kampf im Krankenhaus gelungen, eine COVID19-Infektion zu überstehen.
Nichts in seinem Leben bedauert Walter Hanoldt so sehr wie die Tatsache, dass er geraucht hat. Jetzt muss er mit der Krankheit COPD und zusätzlich mit den Nachwirkungen von Corona leben, auch wenn dieses Leben immer weniger dem entspricht, das er leben möchte. Zwischen „Lippenbremse“ (gepresstes Ausatmen mit gespitzten Lippen) und „Nasenbrille“ (die nötige Sauerstoffzufuhrleitung durch die Nase) kämpft er sich durch. Walter Hanoldt ist kein Schriftsteller. Er war Lehrer bis über das Rentenalter hinaus. Und er hat ein unglaublich ehrliches, gut geschriebenes Buch zustande gebracht, mit dem er sich besonders an jene Menschen richtet, die endlich mit dem Rauchen aufhören sollten. Schonungslos hat er seinen schweren Weg niedergeschrieben. Er weiß nur zu genau: es ist schwer von der Nikotin-Sucht zu lassen. Nicht jeder hat den Mut, die Kraft und vor allem auch den Willen, mit dem Rauchen aufzuhören. Vielleicht hilft dieses spannende und tapfere Buch , die Sucht mit neuen Augen zu sehen und die richtige Entscheidung zu finden.

Die Redaktion

Unser Buchtipp:
„Zwischen Lippenbremse und Nasenbrille“
Autor: Walter Hanoldt
Paperback, 14,8x21 cm
278 Seiten
e-Book 6,99 Euro (Aktionspreis bis Oktober 4,99)
Printbook 11,99 Euro

ISBN 9783740769284

In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze . In Kürze .

Neue E-Autos für die Stadtverwaltung



Der Fuhrpark der Landeshauptstadt wurde am 17. September 2020 um zwei neue E-Autos verstärkt. Insgesamt verfügt dieser nun über insgesamt 13 PKW und einen Kleintransporter mit rein elektrischem Antrieb (FOTO). „Auch in den nächsten Jahren werden wir die Umrüstung des PKW-Bestandes auf reinen E-Antrieb weiter fortführen.", nutzte Dieter Jetschmanegg, Dezernent der Zentralen Verwaltung, die Gelegenheit, um über den aktuellen Stand der Umstellung von Verbrennungs- auf Elektrofahrzeuge zu informieren.
„Neben dem Ausbau der E-Fahrzeug-Flotte haben wir auch einen Schwerpunkt gesetzt, die Ladeinfrastruktur auf dem Gelände auszubauen. Aktuell gibt es 13 Ladepunkte für Dienstfahrzeuge auf dem Campus der Landeshauptstadt Potsdam und zwei zusätzliche Ladepunkte in der Behlertstraße 3a.“
(Foto LHP Viet Anh Hok)

Eisenhüttenstadt - pulsierendes Denkmal!

Mit viermonatiger Verspätung konnte der traditionelle Himmelfahrtsausflug der Potsdamer LINKEN nun endlich nachgeholt werden. 35 Reisefreunde gingen am 21. September per Bus auf eine eindrucksreiche Fahrt in die Stadt am Oder- Spree- Kanal - nach Eisenhüttenstadt. Es war keine Visite im Stahlwerk vorgesehen, vielmehr wollten wir die inzwischen 70jährige Stadt mit ihrer einmaligen Entstehungsgeschichte sehen und verstehen.
Die meisten Mitreisenden kamen zum ersten Mal in die "erste sozialistische Stadt" der DDR, die uns hauptsächlich wegen der Dramatik um das Stahlwerk bekannt war. Unser Reiseleiter, der Historiker Dr. R. Rönz, und zwei in "Hütte" geborene und aufgewachsene Genossinnen, unsere Kreisschatzmeisterin Petra Pannicke und die ehemalige Mitarbeiterin beim Landesvorstand der LINKEN, Gabi Krasert, haben uns eine sehenswerte Stadt gezeigt und ihr dramatisches Schicksal begreifen lassen. Der massenhafte Verlust an Arbeitsplätzen nach 1990 hat zu einem starken Niedergang der Einwohnerzahl geführt, der auch schmerzliche Eingriffe in die baulichen und sozialen Strukturen der Stadt zur Folge hatte. Dennoch ist die inzwischen vorbildlich sanierte und zum Flächendenkmal erklärte Reststadt eine Perle, die eben nicht nur mit einem alten, ehrwürdigen Stadtzentrum punktet, sondern als Ganzes beeindruckt. Eisenhüttenstadt ist immer noch eine Schönheit, die die politischen und sozialen Zielstellungen einer verschütteten Ära überzeugend bewahrt. Eine Stimmung, gemischt aus Hochachtung vor den Leistungen der Bauleute, die nur wenige Jahre nach dem verheerenden 2.Weltkrieg eine Stadt zum Wohle der arbeitenden Menschen errichteten, und wehmütiger Erinnerung lag über unserer Rückfahrt nach Potsdam, denn: Die Zukunft von Eisenhüttenstadt bleibt wie bisher aufs engste verknüpft mit dem ungewissen Schicksal des verbliebenen Stahlwerks.
Der herzliche Dank aller Teilnehmer gilt unserem Kreisvorstand, der diese Reise wieder finanziell abgesichert hat, dem Potsdamer Reisebüro H&H und allen Genossinnen und Genossen, die mit der Vorbereitung und Durchführung unseres schönen Ausflugs befasst waren.

Dr. R. und H. Drohla

Termin geändert

Die Gesprächsrunde der AG Wohnen in Zusammenarbeit mit dem Rechercheteam von Stadt-für-alle fand NICHT am Freitag, 2. Oktober 2020, 18-20 Uhr, statt.
N e u e r Termin und Ort: Mittwoch, 28. Oktober 2020, 18-20 Uhr Rechenzentrum Dortustraße 46, 14467 Potsdam

Berg-Karabach: EU muss Lage durch andere Türkei-Beziehungen befrieden

Angesichts der schweren Kampfhandlungen in Berg-Karabach und des aufflammenden Krieges zwischen Armenien und Aserbaidschan, erklärt Martina Michels, Sprecherin der Delegation DIE LINKE. im Europaparlament und Mitglied der Parlamentarischen Delegation der EU mit dem Südkaukasus sowie Mitglied der Parlamentarischen Versammlung von EURO-NEST: „Der erneute Krieg in Berg-Karabach und die beidseitigen Erklärungen zum Kriegszustand in Armenien und Aserbaidschan sind ein schwerer Rückschlag für verbindende Projekte in der östlichen Nachbarschaft und besonders im Südkaukasus. Der Konflikt, der erneut zivile Opfer fordert, ist für die gesamte Region eine wachsende Gefahr."
Die EU und die OSZE drängen auf die schnelle Rückkehr an den Verhandlungstisch. Doch das wird nicht genügen. Die EU trägt ebenso eine große Verantwortung, ihre Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung in allen Beziehungen auf eine völkerrechtlich gesicherte Basis zu stellen. Derzeit sieht die EU nur zu, wie die Türkei auch die Region der östlichen Nachbarschaft destabilisiert, statt einen Beitrag zur Befriedung zu leisten. Der Dialog zur Lösung des Konfliktes verlangt Diplomatie mit allen, die in diesem Konflikt involviert sind."